

25./X. 1914.

Ein Stück Wiedervergeltung.

Der Abgeordnete Steinwender empfiehlt unter diesem Titel folgendes:

In den Verwaltungsräten unserer Aktiengesellschaften befindet sich nahezu ein Hundert von französischen, englischen und belgischen Staatsangehörigen, die in dem Genuß ihrer reichen Pfünden weiter belassen werden. Was die Großbanken, zahlreiche industrielle Unternehmungen und einzelne Transportgesellschaften diesen Herren an Zantiemen bezahlen, geht zusammengenommen in die Millionen. Bei der Bodenkreditanstalt sind es drei, bei der Kreditanstalt zwei, bei der Südbahn sieben Herren, denen die Zantiemen bezahlt oder wenigstens gutgeschrieben werden, während unsere Landsleute ausgefächelt, eingesperrt und malträtirt werden. Ein solcher Zustand ist unverständlich und unerträglich, ja er ist geradezu eine Schande für uns.

Wir verlangen daher, daß die Angehörigen der mit uns im Kriegszustand befindlichen Staaten sofort aus den Verwaltungen unserer Aktiengesellschaften entfernt werden. Dabei genügt aber die Streichung dieser Namen nicht, denn dann würden die Bezüge der Gestrichenen den anderen Mitgliedern der Verwaltungsräte zufallen, was gar keinen Sinn hätte. Sondern diese Bezüge haben an den Staat zu fallen und sie sind in allererster Linie zu Entschädigungen an unsere Landsleute für das ihnen im Feindesland zugefügte Unrecht zu verwenden.

Wir sollen aber noch einen Schritt weiter gehen, indem wir die freiverdenden Stellen mit Männern besetzen, die in der betreffenden Erwerbsgesellschaft die Interessen des Staates und der Allgemeinheit zu vertreten haben. Dabei ist es durchaus weder notwendig noch auch nur angemessen, daß die neuen staatlichen Verwaltungsratsmitglieder die Bezüge der abgesetzten Ausländer erhalten; es wird vielmehr genügen, wenn sie für Zeit und Arbeit angemessen entschädigt werden. Alle diese Verfügungen sind zu treffen auf Grund einer schon erlassenen kaiserlichen Verordnung, die der Regierung eine Generalvollmacht im volkswirtschaftlichen Interesse erteilt, und sie hätten so lange zu gelten, bis nach Abschluß des Friedens wieder normale Verhältnisse eintreten. Ob man später Ausländer in die oberste Leitung unserer Aktiengesellschaften, namentlich der Banken und Transportanstalten, zuzulassen haben wird, ist eine spätere Frage, die heute nicht erörtert zu werden braucht.

Das ist einmal eine „Wiedervergeltung“, der auch wir die Sympathie nicht versagen können.

* * *